

Celler als Delegierte für Bundesparteitag gewählt

CELLE. Auf dem Parteitag des CDU-Bezirksverbandes Nordostniedersachsen wurden als Delegierte für den CDU-Bundesparteitag aus dem Kreisverband Celle Silke Kollster, Dr. Jörg Nigge und Jörn Schepelmann gewählt.

Der Celler CDU-Kreisvorsitzende Henning Otte (MdB) ist als Bundesmitgliedbeauftragter der CDU Deutschlands ständiger Delegierter. Darüber hinaus wurden mit Sabine Otte, Christian Ceyp, Ernst-Ingolf Angermann, Torsten Harms und Thomas Adasch gleich fünf Ersatzdelegierte aus dem CDU-Kreisverband Celle gewählt. Der nächste Bundesparteitag findet mit 1.001 Delegierten vom 6. bis 8. Dezember in der Hansestadt Hamburg statt. Unter anderem wird der Bundesvorstand neu gewählt.

In seinem Grußwort an die Delegierten des Bezirksparteitages begrüßte Otte das von ihm initiierte Verfahren für ein neues Grundsatzprogramm. „Ich begrüße die Initiative für ein neues Grundsatzprogramm der CDU, in dem alle Richtungen unserer Volkspartei in die Debatte aufgenommen werden müssen“, so Otte. „Dieses Grundsatzprogramm muss die Leitlinie und den Wertekanon für das nächste Jahrzehnt unseres Landes vorgeben und die Basis für das nächste Bundestagswahlprogramm der CDU bilden. Im Vordergrund muss hierbei ein klares Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat und zu unseren christlichen Traditionen stehen. Dabei ist es unverzichtbar, dass Staat und Religion voneinander getrennt sein müssen. Dies ist die Konsequenz und die Erfahrung der Aufklärung und des Humanismus. Und genau dies sehe ich im Islam nicht gewährleistet. Die hier lebenden muslimi-

schen Menschen gehören allerdings zu Deutschland dazu. Dennoch ist die christliche Wertebindung und Tradition eindeutig der Ankerpunkt unserer Gesellschaft in Deutschland, und unser Grundgesetz inklusive der Gleichberechtigung ist die Rechtsgrundlage für unser Land. Der Islam gehört nicht zu den Grundpfeilern unserer Bundesrepublik.“



Henning Otte. Foto: Archiv

„Die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogrammes der CDU Deutschlands wird eine Standortbestimmung unseres Selbstverständnisses. Diese aktuellen Debatten müssen sich unmittelbar von Beginn des Arbeits- und Diskussionsprozesses des Grundsatzprogramms widerspiegeln. Unverzichtbar ist für mich weiterhin, dass der Staat alles dafür tun muss, dass rechtsfreie Zonen und organisierte Kriminalität in Deutschland aufgelöst und mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden müssen“, so Otte.